



## Newsletter von Dr. Diether Dehm, MdB

Mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

**Ein demokratisches Europa nur mit Demokratisierung der Ökonomie -  
gegen die Monopole**

30. August 2019

In diesem Newsletter

- Kommender Antikriegstag
- Ein Aspekt zur Europawahl
- Mittelstandspolitische Themen
- Junge Welt
- Unterstützen !

\*\*\*



*Neben anderen hat mein Freund Wolfgang Gehrcke das Projekt "Nie wieder Krieg..." mit aus der Taufe gehoben. Ich schließe mich ihrer Bitte an Euch an, dieses Projekt zu unterstützen.*

Hier findet ihr nähere Informationen: <https://nie-wieder-krieg.org/>

Aus dem Aufruf: "Deutschland darf sich an einer Politik der Konfrontation, der Sanktionen und der

Aufrüstung nicht länger beteiligen ... Die Nutzung von Militärbasen und anderer Infrastruktur in Deutschland für völkerrechtswidrige Kriege darf nicht gestattet werden. Wir fordern die Bundesregierung, die Parteien und die Medien in Deutschland auf, zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung, der Entspannung und Verständigung, der Achtung des Völkerrechts, der gemeinsamen Sicherheit in Europa und weltweit zurückzukehren ..."

*Die Politik des Unfriedens ist auch für das vielfältige Drama von Flüchtenden ursächlich. Hier meine Presseerklärung aus aktuellem Anlass:*

## **Frontex-Praktiken zerfetzen Menschenrechte**

5.8. - "Die EU ist bis heute nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention beigetreten. Wäre sie es, könnte man zumindest die jüngsten Frontex-Praktiken vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen. Der Vertrag von Lissabon schreibt den Beitritt in Artikel 6 fest." So kommentiert Dr. Diether Dehm, Sprecher für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Berichte von *report München*, *Guardian* und dem Recherchezentrum *Correctiv*, wonach Frontex-Beamte nicht nur tatenlos Misshandlungen von Flüchtlingen, Hetzjagden mit Hunden und Pfefferspray-Attacken dulden, sondern diese auch nicht zur Anzeige bringen.

"Aus der Festung Europa wird immer mehr eine imperialistische Terrormaschine!" Die EU baut zwar Frontex massiv auf 10.000 Mitarbeiter mit drei neuen Stellvertreterposten aus, aber der Frontex-Grundrechtsbeauftragte wird personell nicht in seiner Kontrollfunktion gestärkt.

"Zu den Vorwürfen, wonach Frontex-Mitarbeiter selbst sich ebenfalls rechtswidrig verhalten haben, indem sie unbegleitete Minderjähriger abgeschoben und Flüchtlinge medikamentös sediert haben, werde ich die Bundesregierung fragen, welche deutschen Polizeileitungen hier gegebenenfalls beteiligt waren und welche disziplinarischen Maßnahmen dies zur Folge haben wird, weil dies sonst klar behördlich gedecktes rechtsstaatswidriges Verhalten wäre", so Dehm abschließend.

*Die grüne Heilsfigur Robert Habeck verspricht hingegen Unheil in der Friedensfrage, falls seine Partei in die Verantwortung gebracht werden sollte. Dazu meine Bemerkung nach dessen Postulat, dass Europa „weltpolitikfähig“ werden müsste:*

## **Iran-Abenteuer: Habeck will auf See gehen**

3.8. - Als soeben Robert Habeck für deutsche Beteiligung am Anti-Iran-Kriegsabenteuer geworben hat, fiel mir der deutsche Dichter ein, der dem empfahl, der andere in den Krieg schickt, zuerst den eignen Kopf ins Kanonenrohr zu stecken. Also, Habeck der Wiederauferstandene sei gewarnt: es handelt sich hier um einen Einsatz auf See! Und seit seiner Kreuzigung kann der Messias, wegen zwei Löchern in den Füßen, nicht mehr übers Wasser gehn.

*Unheilvoll begann auch bereits die Insamtsetzung der neuen Verteidigungsministerin:*

## **Zig Millionen Steuergelder nur für Inthronisierungsshow und Knarrenbauerei!**

19.7. - ... schimpft Diether Dehm. "Annegret Kramp-Karrenbauer (im Volksmund auch 'Knarrenbauer') braucht, rein formalrechtlich, überhaupt kein Parlament zu ihrer Einsetzung als Rüstungsministerin. Die Flugkosten zahlen die Steuerzahler. Für einen Show-Aufwand, als würde Prinz Andrew seine Großmutter Queen Elisabeth heiraten!", so Dr. Diether Dehm, mittelstandspolitischer Sprecher der Linken im Bundestag, angesichts der Sondersitzung am 24. Juli.

Für diese werden die Abgeordneten aus der Sommerpause und fünf Kontinenten für eine anderthalbstündige Sitzung zurück nach Berlin beordert. "Aber wenn wir schon kommen müssen, dann wollen wir auch eine gründliche parlamentarische Debatte: über die künftige Rolle der NATO, Trumps unseligen 2%-Aufrüstungsplan, ein besseres Verhältnis zu Russland, den Iran und das Ende des Afghanistan-Einsatzes", so Dehm abschließend.

<https://www.facebook.com/51091986850/videos/359575171401771/>

\*\*\*

## **Die Linke im Europaparlament – Alarm**

4.8. - Wie die gesamte neugewählte Fraktion unserer Partei gerade einseitig die palästinensische Interessenvertretung bezichtigt, lässt im Nachhinein erahnen, warum der Europawahlkampf keine Wirk-Gegen-Macht entfaltet und so miserabel geendet hat. Linke Politik braucht charakterliche, intellektuelle Stärke und moralisches Rückgrat im Konflikt mit den imperialistisch gesteuerten Medien und Lügen!

*Bereits einen Monat zuvor meine Presseerklärung:*

## **Kritik an der israelischen Regierung ist kein Antisemitismus!**

9.7. - "Die Festnahme des palästinensischen Schriftstellers Khaled Barakat und die ihm von der Ausländerbehörde gemachten Auflagen stellen eine eklatante Einschränkung der Meinungsfreiheit dar. Selbstverständlich ist es absolut notwendig, gegen jede Form von Antisemitismus vorzugehen. Was aber nicht sein darf ist, dass Kritik an der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Israels unterbunden und Menschen der Mund verboten wird. Hier bestätigen sich die Befürchtungen, dass mit dem von der Mehrheit des Bundestags beschlossenen BDS-Antrag, Kritiker an Netanjahu mundtot gemacht werden", erklärt Dr. Diether Dehm, MdB DIE LINKE.

Der palästinensische Schriftsteller Khaled Barakat wurde letzte Woche auf dem Weg zu einem Vortrag, den er in Berlin über US-Präsident Donald Trumps "Jahrhundertdeal" halten wollte, von Polizisten aufgegriffen und in eine Polizeistation gebracht, in der auch Vertreter der Ausländerbehörde zugegen waren. Barakat wurde ein achtseitiges Dokument vorgelegt, laut dem er keine Reden halten und an keinen Kundgebungen, politischen Versammlungen oder

Veranstaltungen teilnehmen darf, die einen Bezug zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) aufweisen, deren Mitglied und Funktionär er sei. Des Weiteren offenbart das Dokument, dass Herr Barakat minutiös von deutschen Sicherheitsbehörden überwacht worden ist. Sämtliche politische Veranstaltungen, an denen er mitgewirkt und/oder teilgenommen hat, sind aufgeführt. Der Hauptvorwurf an Barakat: er gefährde das friedliche Zusammenleben sowie die öffentliche Sicherheit und Ordnung, da er "antisemitische Propaganda" betreibe und die PFLP der BDS-Kampagne positiv gegenüberstehe.

Dazu erklärt Dehm weiter:

"Die Beschuldigung, Barakat könne mit seinen Vorträgen Spannungen zwischen Jüd\*innen und Palästinenser\*innen in Deutschland verschärfen, ist absurd angesichts des Themas, über das er referieren wollte. Jared Kushner, Schwiegersohn von Präsident Trump, hat mit den bisher bekannten Details seines "Jahrhundertdeals" keinesfalls eine politische Lösung für den seit Jahrzehnten anhaltenden Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern vorgelegt. Wirtschaftliche Investitionen, die weder eine Antwort auf die israelische Siedlungspolitik geben, noch einen palästinensischen Staat vorsehen, dürfen mit Fug und Recht kritisiert werden - auch viele Jüd\*innen und Israelis tun dies. Gleiches gilt für Kritik an der Politik der israelischen Regierung, die vom unbedingt zu respektierenden Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt ist. Dass Menschen mit dem Druckmittel ihres Aufenthaltstitels zum Schweigen gebracht werden sollen, ist skandalös."

\*\*\*

*Eine wichtige Umfrage für kleine und mittlere Unternehmen. Als mittelstandspolitischer Sprecher und im Zuge meiner parlamentarischen Aktivitäten rund um den Bundesanzeiger möchte ich diese Umfrage weiterverbreiten.*

## **GMBH INTERN erstellt "Schwarzbuch gegen maßlose Sanktionen bei Publizitätsverstößen"**

7.8. - GmbH intern erläutert: "Auf unsere jährliche Anfrage hin hat das Bundesamt für Justiz wieder einmal seine statistischen Zahlen zur Sanktionierung von Offenlegungsverstößen vorgelegt, diesmal für das Jahr 2018. Das Ergebnis ist eindeutig: Nach wie vor übersteigt die Festsetzung und Beitreibung von Ordnungsgeldern in diesem Bereich jedes vernünftige Maß. ... Wir werden zwar nicht nachlassen auf den Skandal hinzuweisen, dass weit über 90% der Sanktionen gegen kleine und kleinste Unternehmen verhängt werden, ohne dass jemand in der Lage wäre, den Sinn dieser Sanktionen zu erklären. Doch haben wir uns angesichts der neuesten Zahlen, die nochmals einen Anstieg des Sanktions-Irrsinns belegen, dazu entschlossen, Betroffene zu Wort kommen zu lassen - also auch Sie! Wir wollen damit von anonymen Zahlen wegkommen und persönliche Schicksale aufzeigen. Denn kaum jemand in Politik und Öffentlichkeit weiß, welcher Schaden durch die Offenlegungsinquisition konkret angerichtet wird."

<https://www.markt-intern.de/branchenbriefe/steuern-mittelstand/gmbh-intern/schwarzbuch-gegen-masslose-sanktionen-bei-publizitaetsverstoessen/>

Eine weitere gesetzliche Schiefelage zum Nachteil mittelständischer Betriebe hatte ich zum Anlass genommen, die Bundesregierung in der Fragestunde am 26. Juni zu befragen: [Bundesregierung lässt über den Konzern DuMont den Mittelstand abzocken](#). Hier sind auch Protokoll der Fragestunde mit den Antworten der Staatssekretärin des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz sowie die Videos aus dem Plenum zu finden.

*Regional bedeutet in der Regel eine Förderung von landwirtschaftlichen Mittel- und Kleinbetrieben.*

## **Gemischtes Bild auf den Tellern der Bundestagskantinen**

19.7. - "Meine Nachfrage bei den Betreibern der verschiedenen Bundestagsrestaurants hat ein gemischtes Echo ergeben. So teilte mir die Käfer Berlin GmbH mit, dass sie zu ca. 70 Prozent regionale Produkte und 30 Prozent importierte Lebensmittel verwendet, Molkereiprodukte kommen demnach ausschließlich aus Deutschland. Dussmann hingegen befand, dass die Verwendung von 20 Prozent regionaler Produkte doch ziemlich toll sei", so Dr. Diether Dehm, mittelstandpolitischer Sprecher der Linken im Bundestag.

Die Empörung des Landwirts aus Lindewitt darüber, dass auf einer Speisekarte des Bedienrestaurants im Bundestag kein Stück Fleisch aus deutschen Landen zu finden war, nahm der linke Unternehmer Dr. Dehm zum Anlass, bei den Betreibern aller gastronomischen Einrichtungen im Bundestag nachzuhaken.

"Den Weg, den Käfer geht, nämlich die hauptsächliche Verwendung regionaler Produkte, finde ich richtig. Für regionale Kreisläufe setze ich mich seit über 30 Jahren ein. Es liegt doch auf der Hand, dass damit positive ökonomische, sozialpolitische und Klima-Effekte verbunden sind! Vermehrt regionale Produktnachfrage kurbelt natürlich auch die regionale Wertschöpfung an und an prosperierenden ländlichen Regionen haben wir Mangel. Außerdem bedeutet höhere Nachfrage einen gesteigerten Bedarf an Arbeitskräften in der Region, die wiederum Geld im Portemonnaie zum Ausgeben haben. Und nicht zuletzt würden Ressourcen sinnvoller eingesetzt und die Umwelt entlastet, sei es in der Herstellung oder beim Transport", so Dehm abschließend.

<https://www.facebook.com/51091986850/videos/742876086149533/>

\*\*\*

*Da die junge Welt auf das Ansinnen einer offenen Diskussion um ihre mehrfach schlimmen Entgleisungen gegen Sahra Wagenknecht und ihre Abwehr von "pro Sahra"-Artikeln bisher nur mit Polemik und sogar Verleumdungen reagiert hat, habe ich auf meiner Homepage Dokumente veröffentlicht, die für die nötige Transparenz sorgen können:*

## **Notwendige Dokumente zur Auseinandersetzung mit der jungen Welt**

D. Koschmieder, jw-Geschäftsführer, hat schlimme Entgleisungen gegen Sahra Wagenknecht ("rechte SPD, nationalistisch") zu verantworten. Autoren, die daraufhin Artikel "pro Sahra" schrieben,

wurden allesamt von der jw-Spitze abgewiesen. Als diese Autoren dann für eine echte Diskussion in der jw um Sahras Positionen usw. appellierten, wurden sie mehrfach verleumdet, ihre Formulierungen wurden ins absurde Gegenteil verdreht.

Dann wurde uns gar eine national-soziale Kursänderungsabsicht für die jw unterstellt, obwohl wir nur für offene Diskussion plädiert hatten. Dabei wurden sogar unsere differenzierenden Zitat-Quellen aus "Das Kommunistischen Manifest" und dem Thälmannschen ZK der KPD von 1930/31, bzw. von Georgi Dimitrow usw. unterschlagen. Dass es dem Bundesvorsitzenden der Freidenker, dem Kommunisten Klaus Hartmann, und mir um eine offene Diskussion geht, wie die Linke die vordringende Rechte in Europa wirkmächtig zurückdrängen kann, wurde ebenso unterschlagen, wie unsere Zitate böswillig verfälscht. Gegen solche SPIEGEL/Springer-Methoden werden wir in geeigneter Form demnächst ausgiebig Stellung beziehen.

Koschmieder verzichtete auch auf den Abdruck der beiden Original-Dokus, den Appell und den Brief. Wohl um seine Leserschaft für dumm zu verkaufen, verdrehte Zitatelemente aus Zusammenhängen zu lösen und zu verballhornen. Darum legen wir hier die beiden angesprochenen Dokumente vollständig bei, weil sogar die UnterzeichnerInnen bei der jungen Welt nicht abgedruckt wurden.

Appell und Anschreiben an die junge Welt sind hier zu finden: <https://www.diether-dehm.de/index.php/positionen/1309-notwendige-dokumente-zur-auseinandersetzung-mit-der-jungen-welt>

Klaus Hartmann kommentiert folgendermaßen:

*Die Überschrift in der Print-Ausgabe lautet: "junge Welt hält Kurs - Mit Kampagne soll politischer Richtungswechsel erzwungen werden", und online: "Kurswechsel? Njet! Neue Angriffe von falschen Freunden - mit Demagogie und Verleumdung gegen unabhängige linke Presse". Beide Versionen sind mit "Verlag, Redaktion und Genossenschaft" unterzeichnet.*

*Als "Angriffe", "Demagogie" und "Verleumdung" wird der Inhalt eines Appells "Wir wollen Transparenz, junge Welt" gewertet. Der Appell wurde mit einem Anschreiben am 05.07.2019 per Mail an die jW gesandt. In der o.g. online-Fassung ist ein Link zu dem Appell-Text als pdf enthalten. Dass ein Begleitschreiben beilag, wird erwähnt, aber dessen Inhalt verschwiegen. Bevor auf die Verlautbarungen der jW eingegangen wird, daher zunächst eine wesentliche Information zu diesem Begleitschreiben.*

*Adressiert an die "Liebe(n) jW-Kurs-Macher Daniel Bratanović, Dietmar Koschmieder, Sebastian Carlens und Stefan Huth", steht dort am Anfang: "Dies ist auch kein ,Offener Brief', wie Ihr Eurer Leserschaft verkündet habt. Er geht zunächst nur an Euch, und bleibt ansonsten bei den Unterzeichnern, wovon hier nicht alle, sondern nur die ersten 60 vermerkt sind." Hier sollte man mal kurz innehalten: Der Appell wird von den Urhebern gar nicht öffentlich verbreitet - worin besteht dann bitte die "Kampagne"? Eine "Kampagne", die sich vertraulich nur an jene wendet, gegen die sie sich angeblich richten soll? Und wie will man so damit die Behauptung von "Angriffen" begründen? Nur*

durch die jW wurde der der Appell publik, wurde aus dem Brief ein "Offener". Was versprechen sich die jW-Macher davon? Wahrscheinlich eine Rechtfertigung dafür, die Appell-Verfasser anzugreifen, nach dem Motto "Angriff ist die beste Verteidigung"?

\*\*\*

Projekte, die ich unterstütze und zu deren Unterstützung ich auch andere Menschen anregen möchte:

## Mietenwahnsinn stoppen! Der Mietendeckel kommt

<https://www.diether-dehm.de/index.php/positionen/aktions-unterstuetzung/1310-mietenwahnsinn-stoppen-der-mietendeckel-kommt>

## Betr. Mezopotamien Verlag: Solidaritätsprojekt gegen Zensur und für die Publikationsfreiheit

<https://www.diether-dehm.de/index.php/positionen/aktions-unterstuetzung/1306-betr-mezopotamien-verlag-solidaritaetsprojekt-gegen-zensur-und-fuer-die-publikationsfreiheit>

\*\*\*

## Termine

### Nie wieder Krieg - Einladung zur Friedensveranstaltung in Berlin

Samstag, 31. August 2019, 17:00 - 21:00

**Am Vorabend des Antikriegstags** wollen wir auf einer Veranstaltung Hintergründe der aktuellen Kriege und Kriegsgefahren beleuchten und darüber diskutieren, wie die Friedensbewegung ihnen besser entgegenreten und wie sie gestärkt werden kann.

Programm der Veranstaltung:

- **Ralf Krämer**: Begrüßung und Vorstellung des Aufrufs „Nie wieder Krieg! Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!“
- **Hans Modrow** (Vorsitzender des Ministerrats der DDR 1989/90): "Deutschland im Krieg"
- **Christiane Reymann** (Journalistin): "Konfrontationspolitik gegen Russland"
- **Andrej Hunko** (Mitglied des Bundestags und des Europarates): "Die Militarisierung Europas"
- **Prof. Karin Kulow** (Nahostwissenschaftlerin): "Pulverfass Naher und Mittlerer Osten – Krieg gegen Iran"
- Fragen und Diskussion
- Musik: **Nicolás Rodrigo Miquea**
- Gesprächsrunde: "Für eine starke Friedensbewegung – aber wie?" Mit: **Reiner Braun** (Kooperation für den Frieden); **Özlem Demirel** (Mitglied des Europaparlaments); **Annika Hombücher** (Fridays for Future Berlin); **Jutta Kausch** (Berliner Friedenskoordination, ang.); **Uwe Wötzel** (ver.di Bundesverwaltung); Moderation: **Zaklin Nastic**
- Musik: **Diether Dehm** und **Michael Letz**

## Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus

Samstag, 7. September 2019, 18:00

### Diether Dehm & Verbündete - Lesung und Musik

Ort : Klimt Villa, Feldmühlengasse 11, 1130 Wien

## Empfang anlässlich des Nationalfeiertages von Katalonien

Mittwoch, 11. September 2019, 18:30 - 21:00

Ort : F.A.Z. Atrium, Mittelstraße 2 – 4, 10117 Berlin

\*\*\*

---

Lest und stärkt alternative Medien !

[Weltnetz.tv](http://Weltnetz.tv)

[NachDenkSeiten](http://NachDenkSeiten)

[Rationalgalerie](http://Rationalgalerie)

---

Dr. Diether Dehm MdB

MdB-Büro von Dr. Diether Dehm

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030) 22773085

Telefax: (030) 22776087

E-Mail: [diether.dehm@bundestag.de](mailto:diether.dehm@bundestag.de)

Share Tweet +1

---